

Erstes Fazit nach 100 Tagen Regierung

Nach 100 Tagen im Amt stellten sich Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer den Fragen des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs. Ob Telecom-Verkauf oder staatliche Pensionskasse – die beiden demonstrierten Einigkeit.

Von Angela Hüppi

Vaduz. – Themen gab es genug zu besprechen, als der Internationale Liechtensteiner Presseclub (LPC) gestern in den Gasthof Löwen lud, wo der Regierungschef und der Regierungschef-Stellvertreter die ersten 100 Tage ihrer Regierungstätigkeit Revue passieren lassen sollten. Und auch kritische Fragen gab es genug – diese wurden von den Moderatoren Günther Fritz, Chefredaktor des «Vaterlands», und Michael Benvenuti, Redaktionsleiter des «Volksblatts», aber auch vom Publikum gestellt. Dass beispielsweise das Thema Telecom Liechtenstein den Anwesenden unter den Nägeln brannte, zeigte sich spätestens, als das erste Thema des Abends – die Zusammenarbeit der neuen Regierung und die Regierungs- und Verwaltungsreform – bereits bei der dritten Frage durch eine Diskussion rund um den gescheiterten Verkauf an die Swisscom abgelöst wurde.

Swisscom-Deal – ein Fehlstart?

Adrian Hasler und Thomas Zwiefelhofer betonten beide, dass die Ablehnung des Regierungsvorschlags durch den Landtag keineswegs ein Fehlstart in die neue Legislatur gewesen sei. «Oberflächlich sah es vielleicht nicht nach einem guten Start aus, aber wichtig ist doch die Qualität der Diskussion», sagte Zwiefelhofer. So habe man etwa Telecom-Mitarbeitern ermöglicht, bei den Fraktionen vorzusprechen und ihre Sichtweise darzulegen, was früher undenkbar gewesen wäre. «Wir wollten nicht unseren Lösungsvorschlag einseitig verkaufen, sondern eine breit abgestützte Lösung erreichen», so Zwiefelhofer weiter. Und auch Adrian Hasler hob hervor, dass die Diskussion stets sachlich und konstruktiv geführt worden sei, «und das ist es, was letztlich zählt.»

Beide würden zudem im Rückblick nichts anders machen: «Wir haben ge-



Diskutierten angeregt: Peter Rutz, Präsident des LPC, Günther Fritz, Chefredaktor des «Vaterlands», Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer und Michael Benvenuti, Redaktionsleiter des «Volksblatts» (v. l.).

Bild Daniel Ospelt

merkt, dass die Telecom-Debatte zu einer Glaubensfrage wurde», so Zwiefelhofer. Dass viele Abgeordnete das Netz nicht in ausländische Hände geben wollten, müsse man akzeptieren. Auch, wenn damit die aus Sicht der Regierung risikoärmste Variante vom Tisch ist.

Zeit der Luxuslösungen ist vorbei

Einig sind sich Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer auch beim Thema Sparen: Es führt kein Weg daran vorbei. Daher bestehe auch keine Gefahr, dass Adrian Hasler sich als «Sparminister» bei den anderen Regierungskollegen unbeliebt mache. «Was das Sparen angeht, gibt es einen grossen Konsens in der Regierung», sagte Zwiefelhofer. Und auch für Hasler ist klar: «Jetzt müssen alle mitziehen. Wir haben in der Vergangenheit viele Leistungen extrem ausgebaut, weil wir es uns leisten konnten.» Diese Zeiten seien nun definitiv vorbei.

So sollen künftig beispielsweise die Unternehmen kräftiger in die Tasche

greifen müssen. Eine Massnahme, mit der auch Wirtschaftsminister Zwiefelhofer leben kann: «Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein beruht nicht nur auf den Steuersätzen. Wir bieten unter anderem eine sehr hohe Lebensqualität und kurze, effiziente Wege.» Weiter sollen künftig Altliegenschaften neu bewertet werden, um höhere Steuererträge bei den Mieteinkünften erzielen zu können. Die Schenkungs- und Erbschaftsteuer wieder einzuführen, sei dagegen kein Thema.

Dass aufgrund der angespannten Finanzlage des Staates Grossprojekte wie die S-Bahn oder der Neubau des Landesspitals zumindest in dieser Legislatur keine Chance hätten, verneinte der Finanzminister allerdings: «Wir sagen nicht generell Nein und würgen alles ab.» Für Projekte, die einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts oder der Nachhaltigkeit leisten würden, sei man durchaus gewillt, Geld auszugeben. Aber: «Nicht jedes Projekt muss

zwingend jetzt sofort umgesetzt werden. Manches kann ruhig ein paar Jahre warten, ohne dass wir eine einmalige Chance verpassen.»

Pensionskasse: Keine Alternativen

Auch bei der Sanierung der staatlichen Pensionskasse demonstriert die neue Regierung Einigkeit. So etwa mit einer gemeinsamen Pressekonferenz Ende April, an der über das weitere Vorgehen informiert wurde. «Weil die vorliegende Lösung gemeinsam entwickelt wurde, stehen wir auch gemeinsam dahinter», so Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer. Und Regierungschef Adrian Hasler zeigte sich überzeugt: «Wir haben eine ausgewogene Lösung präsentiert, zu der es keine grossen Alternativen gibt.» Denn die Lösung stecke letztlich in einem sehr engen Korsett – rechtlich, finanziell und personalpolitisch.

Neben dem Landtag, der die Vorlage im Herbst in zweiter Lesung behandelt, muss davon aber nicht zuletzt auch die Bevölkerung überzeugt wer-

den. Deswegen sind weitere Veranstaltungen zum Thema geplant, und besonders die Aktivversicherten und die Rentenbezüger sollen ihre Fragen und Bedenken äussern können. Die Frage, ob sie glauben, eine Volksabstimmung gewinnen zu können, beantworteten Hasler und Zwiefelhofer denn auch mit einem klaren Ja.

Lob für die Zusammenarbeit

Trotz vieler kritischer Fragen liessen sich Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer bei der vom LPC organisierten Diskussion nicht aus der Ruhe bringen. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre Freundschaft, die bereits einen Wahlkampf überstanden hat und auch die kommenden vier Jahre überstehen soll. Neben kritischen Fragen gab es daher am Ende sogar ein Lob aus dem Publikum: «Dass ein Regierungschef und ein Regierungschef-Stellvertreter sich so gemeinsam präsentieren, habe ich selten gesehen.»

Land entlastet Krankenversicherte

Anspruch auf Prämienverbilligung für das Jahr 2013 haben alle in Liechtenstein obligatorisch für Krankenpflege versicherten Personen, deren «massgeblicher Erwerb» die gesetzlichen Grenzen nicht überschreitet.

Vaduz. – Die Berechnung der Prämienverbilligung für das Jahr 2013 erfolgt aufgrund der rechtskräftigen Steuerveranlagung des Jahres 2012. Die Beiträge der Prämienverbilligung richten sich nach der im Landesdurchschnitt errechneten Prämie in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

Jährliche Beantragung

Der Antrag muss bis zum 31. Oktober auf dem entsprechenden Formular separat pro Person beim Amt für Gesundheit eingereicht werden. Dem Antrag ist eine Kopie der detaillierten Versicherungspolice der Krankenkasse, gültig ab 1.1.2013, beizulegen. Die Prämienverbilligung muss jährlich neu beantragt werden. Der Betrag wird grundsätzlich jährlich rückwirkend am Ende des betreffenden Kalenderjahres zwischen November 2013 und Februar 2014 direkt an den Versicherten ausbezahlt. Bei Vorliegen der rechtskräftigen



Unterstützung: Der Staat entrichtet Beiträge zur Prämienverbilligung an einkommensschwache Versicherte.

Bild Archiv

Steuerdaten 2012 werden die Erwerbsbescheinigungen mit dem massgebenden Erwerb der Antragsteller von den Gemeindesteuerkas-

sen dem Amt für Gesundheit zugeschickt. Anspruch auf Prämienverbilligung für ein vergangenes Jahr besteht nur in Ausnahmefällen und ist

beim Amt für Gesundheit separat zu beantragen (entschuldbarer Grund beispielsweise längerer Spitalaufenthalt). (ikr)

POLIZEIMELDUNG

Sachschaden bei zwei Bränden

Schaan/Balzers. – Am Freitag kam es zu zwei Bränden, welche durch die Feuerwehren rasch unter Kontrolle gebracht werden konnten. So kam es in der Nacht auf Freitag in einem Betrieb in Schaan aus bislang unbekanntem Grund zu einem Schwelbrand. Die Feuerwehr Schaan konnte das Feuer löschen, es entstand Sachschaden in noch unbekannter Höhe.

Zu einem weiteren Feuer kam es am Freitagabend in Balzers. Spielende Kinder warfen dabei ein brennendes Taschentuch auf einen Lichtschacht, welches durch den Gitterrost fiel und darin befindliches Laub entzündete. Die Feuerwehr Balzers konnte das Feuer rasch löschen, es entstand Sachschaden. (tpfl)

Auto der Woche



BMW X3 xDrive 30i A
blau, 2007, 65 500 km
CHF 28 800.-

Garage Max Heidegger AG, 9495 Triesen
Tel. +423 399 40 80, www.heidegger.li